

Dringlichkeitsentscheidung und Genehmigung

In **öffentlicher Sitzung**

Betreff

Maßnahmen zum Aufgabenabbau, zur Standardreduzierung und zur Ertragssteigerung
Hier: Aufgabe 02.3; Einsparvorschlag Nr. 1; Verzicht auf die Erweiterung des Bürgerservice

Begründung für die Dringlichkeit:

Die Vorlage erfolgt in einigen Gremien leider verfristet, eine Beschlussfassung vor der Verabschiedung des Haushaltes ist jedoch dringend geboten. Im Zuge der Haushaltsberatungen sollen die Einsparmaßnahmen in der Sitzung des Rates am 07.10.2010 beraten werden. Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 27.09.2010 beschlossen, bezüglich der Einsparmaßnahmen im Bereich des Bürgerservices vom Vorschlag der „Task-Force“ abzuweichen. Insoweit ist es für die vollständige Erstellung des städtischen Haushaltes, aber auch für die weiteren Planungen zur Ausweitung des Bürgerservices und zur zeitnahen Umsetzung erforderlich, einen Beschluss in der Sitzung des Rates am 07.10.2010 zu erhalten.

Zur Entscheidung

im Hauptausschuss
gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW
und Genehmigung durch den Rat

durch den Oberbürgermeister
und ein Ratsmitglied gemäß
§ 60 Abs. 1 Satz 2 GO NW
und Genehmigung durch den Rat

durch den Bezirksbürgermeister
und ein Mitglied der
Bezirksvertretung gemäß § 36
Abs. 5 Satz 2 GO NW

durch den Oberbürgermeister und den
Ausschussvorsitzenden oder ein Mitglied
des Ausschusses gemäß § 60 Abs. 2 Satz
1 GO NW und Genehmigung durch den
Ausschuss

und Genehmigung durch die Bezirksvertre-
tung

Beschlussvorschlag einschl. Deckungsvorschlag, Alternative

Die Bezirksvertretung empfiehlt dem Rat, abweichend vom Vorschlag der Verwaltung (sogenannte „Task-Force-Liste“)

1. die geplante Erweiterung der Öffnungszeiten der Meldehallen und des Kundenzentrums Innenstadt nicht vorzunehmen, sondern auf dem derzeitigen Stand zu belassen. Zur Realisierung der Haushaltseinsparung werden 4,5 derzeit vakante Stellen abgesetzt;
2. die vorläufige Nichtbesetzung der 5 Stellen des Welcome-Centers (A 12 BBO, A 10 BBO, 3 A 8 BBO).

Datum

Abstimmungsergebnis

Unterschrift

Unterschrift

Hauptausschusses Oberbürgermeisters und eines Ratsmitgliedes Die Bezirksvertretung genehmigt gemäß § 36 Abs.5 Satz 2 i.V.m § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NW vorstehende Dringlichkeitsentscheidung des Bezirksbürgermeisters und eines Mitglieds der BV Der Ausschuss genehmigt vorstehende Dringlichkeitsentscheidung nach § 60 Abs. 2 Satz 2 GO NW

Haushaltsmäßige Auswirkungen

<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> ja, Kosten der Maßnahme	Zuschussfähige Maßnahme ggf. Höhe des Zuschusses	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	Jährliche Folgekosten a) Personalkosten	b) Sachkosten
	€	%			€	€
Jährliche Folgeeinnahmen (Art, Euro)				Einsparungen (Euro)		
				2010	360.400 €	
				ab 2011	466.000 €	

Problemstellung des Beschlussvorschlages, Begründung, ggf. Auswirkungen

Der Rat hat am 25.09.2008 das Konzept „Optimierte Dienstleistung – im Bezirk und modernen Europa“ einstimmig beschlossen. Es sieht u. a. die Optimierung und Ausweitung des Bürgerservices und eine Erweiterung der Aufgaben vor.

Eine der geplanten Maßnahmen war die Erweiterung der Öffnungszeiten in den frühen Morgen-, Nachmittags- und frühen Abendstunden zu Lasten der publikumsarmen Mittagszeit. Im Rahmen der stadtweiten Konsolidierungsüberlegungen hat der Stadtvorstand in seinen Sitzungen am 25.05.2010 und 01.06.2010 beschlossen, die von der „Task-Force“ erarbeitete Maßnahme zum Aufgabenabbau, zur Standardreduzierung und zur Ertragssteigerung umzusetzen und den Bürgerservice nicht - wie im o. g. Konzept beschrieben - zu erweitern. Durch die Einsparung von 8,5 Stellen in 2010 und einer weiteren halben Stelle in 2011 sollte das Personalkostenbudget in 2010 um 360.400 € und ab 2011 um 381.600 € reduziert werden.

In Abänderung dieses Vorschlages der „Task-Force“ hat der Finanzausschuss in seiner Sitzung am 27.09.2010 den Erhalt der Ausweitung des Aufgabenspektrums in den Meldehallen durch Nicht-Streichung von 4,5 Stellen A 7 beschlossen. Darüber hinaus wurde die vorläufige Nichtbesetzung der 5 Stellen des Welcome-Centers beschlossen. Durch diese Maßnahmen ist im Haushaltsjahr 2010 mit einer Einsparung bei den Personalkosten in Höhe der im Haushaltsplanentwurf veranschlagten 360.400 € zu rechnen.

Ab dem Haushaltsjahr 2011 reduzieren sich die Personalausgaben dann um 466.000 €.

Die Vorlage erfolgt in einigen Gremien leider verfristet, eine Beschlussfassung vor der Verabschiedung des Haushaltes ist jedoch dringend geboten. Im Zuge der Haushaltsberatungen sollen die Einsparmaßnahmen in der Sitzung des Rates am 07.10.2010 beschlossen werden. Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 27.09.2010 beschlossen, bezüglich der Einsparmaßnahmen im Bereich des Bürgerservices vom Vorschlag der „Task-Force“ abzuweichen. Insoweit ist es für die vollständige Erstellung des städtischen Haushaltes, aber auch für die weiteren Planungen zur Ausweitung des Bürgerservices und zur zeitnahen Umsetzung erforderlich, einen Beschluss in der Sitzung des Rates am 07.10.2010 zu erhalten.

Weitere Erläuterungen, Pläne, Übersichten siehe Anlage(n) Nr.